

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 194. Ratssitzung vom 13. November 2013

4472. 2013/17

Postulat von Florian Utz (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013: Verzicht auf Rohstoffanlagen im Nahrungsmittelbereich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Florian Utz (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3517/2013): Wenn Lebensmittelpreise steigen, sind die Folgen tödlich. Alle sechs Sekunden verhungert auf der Welt ein Mensch. Zürcher Banken sollten deshalb aus Lebensmittelspekulationen aussteigen, welche die Waren auch in Drittweltländern verteuern. Die Hoffnung auf einen Mehrertrag gilt zudem als unsicher.*

***Severin Pflüger (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 30. Januar 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Die Aufgabe der Pensionskasse und der UVZ ist es, die Lebenshaltung der versicherten Personen nach einem Unfall oder der Pensionierung aufrechtzuerhalten und nicht, den Welthunger zu bekämpfen. Auf dem Lebensmittelmarkt gibt es Extremsituationen, die dazu führen, dass Bevölkerungsschichten in sehr armen Ländern nicht mehr in der Lage sind, sich mit den nötigen Lebensmitteln einzudecken und es dann zur Hungersnot kommt. Das ist tragisch, aber kein Grund, den Markt abzuschaffen oder sich diesem enthalten zu wollen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Werner Wehrli (EVP):** Wir wollen den Markt nicht abschaffen, sondern nur nicht, dass Zürich in diesen Markt investiert. Es gibt ein Recht auf Nahrung, aber kein Recht auf Gewinn.*

***Simon Kälin (Grüne):** Mit Nahrungsmitteln sollte nicht spekuliert werden. Kleine Preisunterschiede können in armen Ländern eine sehr wichtige Rolle spielen.*

***Martin Luchsinger (GLP):** Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Wir reden hier über einen sehr kleinen Investitionsteil der Pensionskasse, die UVZ legt explizit schon gar nicht an. Anlagen sind aber nicht immer per se spekulativ, sondern auch wichtige Elemente zur Absicherung einer nachhaltigen Produktionskette. Will man den Hunger in Drittweltländern bekämpfen, muss man die Korruption in öffentlichen Organen angehen. Für die andere Fraktionshälfte ist nur schon das Risiko, dass es zu preistreibenden Faktoren kommen kann, Grund genug für eine Unterstützung.*

***Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Das Postulat suggeriert, dass höhere Lebensmittelpreise tödlich sind. Preise beruhen auf Angebot und Nachfrage. Hier heisst es, dass die Preise durch die Nachfrage auf dem Kapitalmarkt steigen. Doch das Problem*

2 / 2

für die Entwicklungsländer ist, wenn Industrieländer dort massenhaft Nahrungsmittel produzieren, dadurch die Preise sinken und sie ihre eigenen Nahrungsmittel nicht mehr absetzen können. Die Menschen verhungern also, weil man durch Dumpingpreise die Nahrungsmittelpreise drückt.

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Es ist richtig, dass der grösste Teil der Landwirtschaft über die Kreditwirtschaft finanziert wird. Sehr viele Banken haben aber inzwischen eingesehen, dass dieses Vorgehen ethisch eigentlich nicht in Ordnung ist. Eine Rendite birgt die relativ grosse Gefahr einer preistreibenden Wirkung. Die Banken verfügen über Finanzierungsalternativen und die Pensionskasse Zürich sicherlich auch.*

Dr. Urs Egger (FDP): *Im Agrarbereich gibt es keinen Markt, weil die grössten Spekulanten die Staaten sind. Sie sorgen dafür, dass die Preise ansteigen. In den Entwicklungsländern sind die Preise zu tief. Würden sie dort ansteigen, könnten die Bauern dementsprechend reagieren und hätten ein zusätzliches Einkommen. Wir sollten also dafür sorgen, dass der Agrarschutz aufhört, der dafür verantwortlich ist, dass die Märkte nicht funktionieren.*

Florian Utz (SP): *Die Frage des Agrarprotektionismus kann man diskutieren, das wäre aber dann ein anderer Vorstoss. Man sollte diesen hier nicht ablehnen, weil es andere Fragen gibt, die auch noch diskutabel sind.*

Severin Pflüger (FDP): *Es wird hier indirekt gefragt, ob wir mit Nahrungsmitteln Geld verdienen dürfen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft befriedigen wir Bedürfnisse. Im Tausch dafür verdienen wir Geld, um unsere eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.*

Das Postulat wird mit 68 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat